



SIEGFRIED LEHMANN  
Mitglied des Landtages von Baden-Württemberg

Siegfried Lehmann, MdL – Schubertstr. 3 – 78315 Radolfzell

78315 RADOLFZELL  
Schubertstr. 3  
Telefon: 07732 - 972443  
Telefax: 07732 - 972444  
siegfried.lehmann@web.de  
www.siegfried-lehmann.de

An die Redaktion

Büro:  
Charlotte Biskup  
Rheingasse 8  
78462 Konstanz  
Telefon: 07531 - 2842621  
Telefax: 07531 - 2842620  
charlotte-biskup@web.de

Öffnungszeiten:  
Di. 13-16, Do. 8-12Uhr

Konstanz, 09.11.2008

## **Pressemitteilung:**

### **Atom Müll-Endlagersuche in der Schweiz - Kein offenes und ehrliches Verfahren**

---

Die Umweltministerin von Baden-Württemberg Tanja Gönner lobte in einer Pressemitteilung „das bisher auch gegenüber dem benachbarten Baden-Württemberg transparente und offene Verfahren der Standortsuche“ und „setzt darauf, dass die baden-württembergische Seite auch künftig angemessen beteiligt wird“.

Der Grüne Landtagsabgeordnete Siegfried Lehmann kritisiert, dass die Landesumweltministerin Tanja Gönner und auch der Bundesumweltminister Sigmar Gabriel die Bekanntgabe der möglichen Standortregionen für die Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Schweiz mit Beifallklatschen und lobenden Worten begleiten.

Diese Einschätzung ist umso verwunderlicher, so Lehmann, da alle wesentlichen Einwendungen und Anregungen der baden-württembergischen Landkreise, Gemeinden, Städte und Verbände im Anhörungsverfahren zum Sachplan Geologische Tiefenlager von der Schweizer Seite glatt weg ignoriert worden sind:

- Die Schweiz lehnt ein offenes und ehrliches Suchraumverfahren kategorisch ab, in dem neben dem Entsorgungspflichtigen auch wegen der möglichen baden-württembergischen Grenzlage des geplanten atomaren Endlagers eine unabhängige internationale Expertengremien Standortvorschläge an das Bundesamt für Energie in der Schweiz einreichen dürfen.
- Die Einbeziehung von anderen Gesteinsarten – neben Opalinuston als Wirtsgestein – bei der Suche nach einem Standort für ein Endlager für atomaren Müll wurde ebenso abgelehnt, wie die gleichrangige Beteiligung der deutschen Seite am Auswahlverfahren.

- Die für die Einengung der atomaren Endlagerstandorte notwendigen Bewertungs- und Gewichtungskriterien sind nicht unter Einbeziehung einer neutralen internationalen Expertenkommission und unabhängig von den Entsorgungspflichtigen festgelegt worden.
- Abgelehnt wurde ebenfalls, dass am Ende der ersten Etappe durch eine internationale Expertenkommission sichergestellt wird, dass die erfolgte Einengung möglicher Standortregionen weder bestimmte Regionen präjudiziert noch weitere, potentiell sehr gut geeignete Regionen unbeachtet lässt. Ein Mitbestimmungsrecht, auch bei grenznahen Endlagerstandorten, lehnt die Schweiz nach wie vor ab. Die Zusage von Bundesrat Moritz Leuenberger, die deutschen Nachbarn gleichrangig am Verfahren der Standortsuche und in den Partizipationsgremien zu beteiligen, ist bisher leider nur eine leere Worthülse gewesen, gibt Lehmann zu bedenken.

Wenn nun Walter Steinmann, der Direktor des Bundesamtes für Energie in der Schweiz, erklärt, „dass wir dabei wie bisher mit Vertretern aus Berlin, aus Stuttgart und aus den betroffenen Landkreisen zusammenarbeiten werden“, ist dies für die betroffenen baden-württembergischen Landkreise nicht sonderlich beruhigend, so der Konstanzer Landtagsabgeordnete der Grünen weiter: „Mehr Schein als Sein: Eine echte Mitsprache der deutschen Seite soll es also auch nicht in Zukunft geben. Den Menschen in unserer Region wird wieder einmal Sand in die Augen gestreut, denn letztlich geht es jetzt lediglich noch darum, welcher grenznahe Standort im Opalinuston bei der Endlagersuche zum Zuge kommt. Da die NAGRA sich aber schon vor längerer Zeit auf Benken als Standort für ein atomares Endlager festgelegt hatte und hierfür – aufgrund der von der NAGRA vorgenommenen Untersuchungen – eine Fülle von Daten vorliegen, wird das weitere Auswahlverfahren eine reine Alibiveranstaltung sein. Alles wird nun auf Benken als Standortregion zulaufen!“

Lehmann ist von den Regierungen in Stuttgart und Berlin maßlos enttäuscht, die bisher lediglich halbherzig die Interessen der Menschen in der Region Hochrhein-Bodensee vertreten haben: „Die Menschen in der Region hätten sich eine stärkere Interessenvertretung durch die Landes- und Bundesregierung gewünscht. Statt sich ernsthaft mit der Gefährdung der Region Hochrhein-Bodensee durch den immer stärkeren Ausbau mit grenznahen Schweizer Atomanlagen zu befassen, interessieren sich Siegmund Gabriel und Tanja Gönner scheinbar nur für den Atommüll-Endlagerstandort in Deutschland. Dass an der Schweizer Grenze zu Deutschland ein Gorleben am Hochrhein entstehen soll und zwei weitere Atomkraftwerke der Schweizer Rheinseite entstehen sollen, wollen scheinbar weder die Regierungen in Stuttgart noch in Berlin ernsthaft verhindern.“

Der Grüne Landtagsabgeordnete fordert die Regierungen in Stuttgart und Berlin daher nun auf, sich im weiteren Verfahren endlich stärker für die Menschen in der Region Hochrhein-Bodensee einzusetzen: „Die Frage der Sicherheit oder Unsicherheit von Atommülllagern und Atomkraftwerken endet nicht an der Schweizer Landesgrenze. Ein undichtetes Atommülllager in Benken am Rheinfluss oder an den anderen Standorten wäre eine Katastrophe für alle Menschen der Region und insbesondere die vielen Millionen Menschen in der Schweiz, Deutschland, Frankreich, Belgien und Holland, die ihr Trinkwasser aus dem Uferfiltrat des Rheins beziehen. Atommüll am Rhein und seinen Zuflüssen ist eine potentielle Gefahr für alle Rheinanlieger in Europa.“